



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 20.09.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 24.08.2021, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Herr Alparslan Babaoglu-Marx	SPD Liste
Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe	SPD Liste
Frau Aylin Yildirim	SPD Liste
Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Vivian Berhane	Linke Internationale Liste
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Isabella Venturini	VOLT

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration
Herr Eli Abeke	Diakonisches Werk

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hüseyin Azar	SPD-Liste
Herr Anton Rütten	SPD-Liste
Jason Krstic	SPD-Liste

Verwaltung

Susanne Kremer-Buttkereit	Kommunales Integrationszentrum
Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Neslihan Arikan	Schriftführerin

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gem. § 5 Geschäftsordnung des Rates zur Situation im Ausländeramt
AN/1721/2021

Aktuelle Stunde zur Situation im Ausländeramt

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung der Anfrage der Grün Offenen Liste (GOL) zum Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen
2035/2021
 - 3.2 Beantwortung der Anfrage vom Bündnis14 Afrika zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Migrant*innen in Kölner Kliniken, LVR Klinken
2160/2021

- 3.3 Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion Volt, vom 21.04.2021, AN/0888/2021; betr. Sachstand Hallen Kalk und DoMiD e.V. 2261/2021
- 3.4 Beantwortung der Anfrage von Toni Abbruscato, SPD-Liste, zur kriegsverherrlichenden Veranstaltung auf dem Heumarkt 2277/2021
- 3.5 Beantwortung der Anfrage der Grün Offenen Liste (GOL) zu Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeitende zu Rassismuskritik und Diversitätssensibilität 2468/2021
- 3.6 Beantwortung der Anfrage AN/1143/2021 der SPD Liste/ SPD Fraktion im Integrationsrat zu "Lange Wartezeiten bei der Ausländerbehörde" 2741/2021
- 3.7 Beantwortung der Anfrage von Grün offene Liste (GOL) zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen, Gesprächsrunde am 29. April 2021 (TOP 4.3 in der Sitzung des Integrationsrates am 01.06.2021) 2863/2021
- 3.8 Beantwortung der Anfrage "Partizipation migrantischer Einrichtungen an den Mitteln, die im Jugendhilfeausschuss vergeben werden" 3021/2021
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 4.1 Aufholen nach Corona – Nachholprogramme für pandemiebedingte Lernrückstände AN/1662/2021
- 4.2 Verwendung der Integrationspauschale des Landes NRW AN/1663/2021
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Nationalitäten in Köln – Entwicklung und Status Quo der Immigration 2424/2021
- 5.2 SeniorenNetzwerke Köln: Auszeichnung im Projekt „Nordrhein-Westfalen – hier hat alt werden Zukunft“ 2249/2021
- 5.3 Monitoringbericht 2020: allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs, bildungsstatistische Analysen und kommunale Steuerungsansätze 1058/2021

- 5.4 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe"
1663/2021
- 5.5 Impfung von durch die Stadt Köln untergebrachten Geflüchteten
2461/2021
- 5.6 Mitteilung zum Kölner Gesundheitswegweiser
2717/2021
- 5.7 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projekt-
ende 30.06.2021)
2444/2021
- 5.8 talentCAMPus 2021 - "Ich bin Du"
2697/2021
- 5.9 „Weiteres Vorgehen zur Verstetigung und zum Ausbau einer integrierten, stra-
tegischen Sozialplanung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenbe-
richts“ – Umsetzung des Ratsbeschlusses 0615/2020 vom 24.06.2021
2729/2021
- 5.10 Wahl der Seniorenvertretung Köln 2021: Informationsquellen und Termine
2777/2021
- 5.11 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 23.03.2021 „Geflüchtete aus Seenot-
rettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion
aufnehmen,“
2446/2021
- 5.12 House of Resources in Köln
2804/2021
- 5.13 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreise-
pflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021
2669/2021
- 5.14 Mitteilung zur Nachfrage zum 31. Bericht zur Situation Geflüchteter bzgl. nicht
sichtbarer Behinderungen
1726/2021

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln - Verlängerung der Befristung bis Ende 2023
1625/2021

8.2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitskreise des Integrationsrates
2768/2021

8.3 Benennung eines Mitglieds des Integrationsrates als außerordentliches Mitglied im "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung"
2769/2021

8.4 Benennung eines Mitglieds des Integrationsrates für den Beirat der Verbraucherzentrale NRW / Beratungsstelle Köln
2771/2021

8.5 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023
1491/2021

8.6 Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
2603/2021

8.7 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2022
2816/2021

Zusatzantrag zum Haushaltsplanentwurf 2022
AN/1738/2021

8.8 Förderung rassistischer Projekte / 2.Schritt
2597/2021

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gem. § 5 Geschäftsordnung des Rates zur Situation im Ausländeramt AN/1721/2021

Beschluss

Der Integrationsrat beschließt die Durchführung einer Aktuellen Stunde zur Situation im Ausländeramt Köln.

Aktuelle Stunde zur Situation im Ausländeramt

Die Leiterin des Ausländeramtes / Frau Willms berichtet im Rahmen der Aktuellen Stunde zur Situation im Ausländeramt.

Bereits vor der Pandemie kam es in Porz, Kalk, Mülheim und temporär auch in Ehrenfeld aufgrund von Personalengpässen zu Arbeitsrückständen. Grund für diese Engpässe sind eine hohe Personalfuktuation im Ausländeramt und eine schlechte Bewerbungslage, so dass Vakanzen über eine längere Zeit bis hin zu ½ Jahr entstehen und dann erst mit Ersteinsatzkräften (nach deren Prüfung) besetzt werden können. Seit der letzten Organisationsuntersuchung des Personalamtes in 2004 haben sich die Rahmenbedingungen im Ausländeramt vielfältig geändert (Stichworte: Änderung des Ausländerrechts, Flüchtlingszuwanderung, Bleiberechtsprogramm etc.), so dass für Januar 2020 eine erneute Organisationsuntersuchung geplant war. Hierzu kam es allerdings nicht, da aufgrund der Pandemie vorrangig im Gesundheitsamt Personalplanungen erforderlich wurden. Die verschobene Organisationsuntersuchung ist jetzt ab Oktober/ November 2021 geplant.

Aufgrund der pandemiebedingten vollständigen Schließung der Ausländerämter von März bis Mai 2020 und der sich daran anschließenden Terminvergaben unter strengen Hygieneauflagen konnten über ein Jahr lang nur sehr eingeschränkt Termine vereinbart und bei Verlängerungsanträgen häufig nur Coronabescheinigung bzw. Fiktionsbescheinigungen (das ist eine vorübergehende Bestätigung für max. 6 Monate, dass der Aufenthalt erlaubt ist – ‚Zwischenbestätigung‘ bis zur abschließenden Entscheidung des Ausländeramtes) vergeben werden. Anträge (z.B. auf Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis etc.) konnten in dieser Zeit nur eingeschränkt abschließend bearbeitet werden, da hierfür immer eine persönliche Vorsprache erforderlich gewesen wäre.

Ab dem 1. Juli (und der Impfung der Mitarbeitenden) konnte die Terminvergabe wieder hochgefahren werden, allerdings besteht weiterhin ein ganz erheblicher Rückstau. In Mülheim, Kalk und Porz wurde mit nur mäßigem Erfolg versucht, eine Verbesserung der Erreichbarkeit durch die Einrichtung einer bezirklichen Hotline zu gewährleisten. Mit der Versetzung von fünf Personen aus dem Gesundheitsamt zum Ausländeramt und deren Schulung, konnten die Hotlines aus allen Bezirken am 16.08.21 zentral geschaltet werden, so dass jetzt besser gelingt, dringende Fälle herauszufiltern.

Seit Anfang August 2021 schreibt das Ausländeramt bei auslaufendem Aufenthaltstitel proaktiv die Betroffenen an mit dem Hinweis, dass künftig Verlängerungsanträge über ein Online Verfahren beantragt und die erforderlichen Dokumente dort hochgeladen werden können. Eine Information darüber gibt es über Aushänge und Flyer mit QR Code. Dieses Verfahren ermöglicht gleichzeitig dem Ausländeramt eine schnellere Fallbearbeitung. Das Onlineverfahren gilt allerdings nicht für Neuanträge.

Die Rückstandsbearbeitung der vor August 2021 eingegangenen Anträge soll künftig zentral zusammengefasst und bearbeitet werden, allerdings fehlt hier aktuell noch das Personal (von sechs sind erst zwei Stellen besetzt). Hier erhofft das Ausländeramt die Unterstützung des Personalamtes.

Für Nachfragen zu diesen ‚Altfällen‘ gibt es jetzt ein zentrales Postfach über das z.B. auch Flüchtlingsrat, Initiativen etc. auf besonders dringliche Fälle aufmerksam machen können. Diese akuten Fälle werden dann vorgezogen.

Zum Job Center besteht ein entsprechender ‚kurzer Draht‘, um zu verhindern, dass Leistungen aufgrund der Nichtverlängerung von Aufenthaltsrechten eingestellt werden. Auch mit der Polizei gibt die Absprache, dass im Falle von Unklarheiten zu Ausweispapieren über eine Rufbereitschaft des Ausländeramtes entsprechend nachgefragt werden kann. Grundsätzlich besteht die Hoffnung, dass bis Ende 2021 alle Stellen wieder besetzt und die neuen Mitarbeitenden eingearbeitet werden können, damit bis Mitte 2022 alle Rückstände aufgearbeitet werden können.

Zukünftig soll mit der Elektronischen Akte gearbeitet und auch versucht werden, über eine Schnittstelle zu Google Translater Informationen in möglichst vielen Sprachen zur Verfügung zu stellen. Allerdings werden Vorsprachen ohne Termin auch künftig nicht mehr möglich sein.

Frau Willms bedauert die aktuellen Umstände und bedankt sich für das Verständnis und die Unterstützung der Beratungsträger und Initiativen in der Stadt.

Auf Nachfrage von RM Herr Michalak informiert die Verwaltung/Frau Willms, dass das Ausländeramt wie andere Dienststellen auch streng gemäß der Vorgaben des Hygienekonzeptes des Krisenstabes bzw. des Gesundheitsamtes gearbeitet habe und diese Vorgaben auch für die anderen städtischen Ämter gegolten hätten. Allerdings seien die Verfahren beim Ausländeramt komplizierter und damit oftmals zeit- und personalintensiver als in anderen Dienststellen. Wenn Unterlagen lediglich abgeholt werden mussten, sei dies am Schnellschalter möglich gewesen.

Das beratende Mitglied, Herr Pröls, rät zu einer ‚Kölner Regelung‘ mit anderen Ämtern wie beispielsweise dem Sozialamt und dem Job Center, so dass keine Nachteile für die Betroffenen (wie z.B. Verlust der Arbeitsstelle und Einstellung der Leistungszahlungen durch Nichtverlängerung des Aufenthaltstitels) entstehen, wenn der Aufenthalt aufgrund von Kontaktproblemen mit dem Ausländeramt nicht verlängert werden kann. Frau Willms sagt zu, noch einmal eine entsprechende Mail an das Bundesamt und das Job Center zu schicken.

Herr Pröls verweist des Weiteren auf die für manche Personengruppen sehr hohen Hürden einer Online Antragstellung und bittet um Prüfung von Vereinfachungen.

Frau Willms wird hierzu einen Gesprächstermin zur Auslotung von Verbesserungen anbieten.

IRM Frau Khan beschreibt die Schwierigkeiten einer Anerkennung der z.Zt. ausgegebenen Fiktionsbescheinigungen bei anderen Ämtern, Arbeitgebern etc.

Frau Willms erläutert, dass eine Fiktionsbescheinigung ein Dokument sei, aus dem sich qua Gesetz die Fortgeltung des bisherigen Aufenthaltsrechts ergebe. Allerdings werde dies nicht immer - z.B. von Arbeitgebern - erkannt. Hier gebe es ein Kommunikationsproblem, welches das Ausländeramt versuche auszuräumen.

Die zwischenzeitlich vom Ausländeramt entwickelten Infoblätter zu den Fiktionsbescheinigungen sind dem Protokoll beigelegt.

IRM Frau Khan berichtet über die großen Schwierigkeiten der Beratungsstellen bei der Kontaktaufnahme mit den Sachbearbeitungen beim Ausländeramt und gibt die

Anregung, themenspezifische Mailadressen (z.B. zu Familienzusammenführung, Verlängerung, Arbeitsmigration etc.) beim Ausländeramt anzubieten.

Frau Willms sagt zu, dies bei den Überlegungen zur Verbesserung des Online Verfahrens zu prüfen.

IRM Herr Esen, beklagt, dass es nicht gelungen sei, vor den Schulferien noch Terminvereinbarungen zur Klärung ausländerrechtlicher Sachverhalte anzubieten und fragt, woher die Bürger*innen die Infos über die Hotlines erhalten sollen.

Frau Willms verweist in diesem Zusammenhang auf entsprechende Aushänge und Flyer.

Zum Abschluss der Aktuellen Stunde fasst der Integrationsrat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Integrationsrat fordert die Verwaltung auf

- eine verlässliche Erreichbarkeit des Ausländeramtes und der Bezirksausländerämter sicherzustellen,
- das Online Verfahren einfacher, niedrighschwelliger und mehrsprachig zu gestalten,
- Ansprechpartner*innen für dringende Fälle und Notfälle in den Bezirksausländerämtern zu benennen und den Beratungsstellen, Interkulturellen Zentren, Willkommensinitiativen und Interkulturellen Diensten zur Verfügung zu stellen,
- Termine in Präsenz bzw. Online zu ermöglichen,
- quartalsweise den Integrationsrat über die weitere Entwicklung im Ausländeramt zu informieren.

Zum Abschluss der Aktuellen Stunde fasst der Integrationsrat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Integrationsrat fordert die Verwaltung auf

- eine verlässliche Erreichbarkeit des Ausländeramtes und der Bezirksausländerämter sicherzustellen,
- das Online Verfahren einfacher, niedrighschwelliger und mehrsprachig zu gestalten,
- Ansprechpartner*innen für dringende Fälle und Notfälle in den Bezirksausländerämtern zu benennen und den Beratungsstellen, Interkulturellen Zentren, Willkommensinitiativen und Interkulturellen Diensten zur Verfügung zu stellen,
- Termine in Präsenz bzw. Online zu ermöglichen,
- quartalsweise den Integrationsrat über die weitere Entwicklung im Ausländeramt zu informieren.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Beantwortung der Anfrage der Grün Offenen Liste (GOL) zum Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen 2035/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.2 Beantwortung der Anfrage vom Bündnis14 Afrika zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Migrant*innen in Kölner Kliniken, LVR Kliniken
2160/2021**

Das beratende Mitglied, Herr Abeke, bedankt sich für die Antwort auf seine vor zwei Jahren gestellte Anfrage. Aus seiner Sicht seien die Fragen nicht beantwortet und er bittet die zuständige Facharbeitsgruppe des Integrationsrates darum, sich dringend damit zu befassen.

Die Leiterin des Facharbeitskreises Gesundheit, Senioren und Soziales, Frau Klimazewska-Golan, berichtet, dass die Beantwortung auch im Facharbeitskreis als sehr unbefriedigend angesehen wurde.

Das beratende Mitglied, Herr Pröiß, sieht großen Handlungsbedarf bei diesem Thema und beklagt das in der Beantwortung gezeigte Nichtwissen der Verwaltung dazu, dass weder der Bedarf an psychiatrischer Behandlung, noch die Zahl der in Köln ansässigen Psychiater*innen mit Fremdsprachenkompetenzen bekannt sei.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.3 Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion Volt, vom 21.04.2021, AN/0888/2021;
betr. Sachstand Hallen Kalk und DoMiD e.V.
2261/2021**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Beantwortung der Anfrage von Toni Abbruscato, SPD-Liste, zur kriegsverherrlichenden Veranstaltung auf dem Heumarkt
2277/2021**

IRM Frau Abbruscato bittet darum, die in der Beantwortung angekündigte ergänzende Information vom NSDok nachzureichen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.5 Beantwortung der Anfrage der Grün Offenen Liste (GOL) zu Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeitende zu Rassismuskritik und Diversitätssensibilität
2468/2021**

IRM Herr Edis fragt ergänzend nach, ob während der Pandemie entsprechend Online Angebote gemacht wurden und bittet bei der Durchführung von Fortbil-

dungen im Bereich der Rassismuskritik auf die Fachressourcen der entsprechenden Träger zurückzugreifen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.6 Beantwortung der Anfrage AN/1143/2021 der SPD Liste/ SPD Fraktion im Integrationsrat zu "Lange Wartezeiten bei der Ausländerbehörde" 2741/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.7 Beantwortung der Anfrage von Grün offene Liste (GOL) zur Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen, Gesprächsrunde am 29. April 2021 (TOP 4.3 in der Sitzung des Integrationsrates am 01.06.2021) 2863/2021

RM Herr Michalek bittet darum, die Beantwortung weitergehender Fragen zu dieser Thematik auch dem Kulturausschuss vorzulegen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.8 Beantwortung der Anfrage "Partizipation migrantischer Einrichtungen an den Mitteln, die im Jugendhilfeausschuss vergeben werden" 3021/2021

IRM Herr Edis bezeichnet die Beantwortung der Verwaltung als Unverschämtheit und kündigt schriftliche Nachfragen an. Er beklagt, dass solche Beantwortungen leider bereits öfter aus dem Jugenddezernat gekommen seien.

IRM Frau Abbruscato lädt die Anfragensteller*innen in den FachAK 3 zur Diskussion über das weitere Vorgehen zum Umgang mit der Beantwortung ein.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Aufholen nach Corona – Nachholprogramme für pandemiebedingte Lernrückstände AN/1662/2021

Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

4.2 Verwendung der Integrationspauschale des Landes NRW AN/1663/2021

Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

5 Mitteilungen

5.1 Nationalitäten in Köln – Entwicklung und Status Quo der Immigration 2424/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 SeniorenNetzwerke Köln: Auszeichnung im Projekt „Nordrhein- Westfalen – hier hat alt werden Zukunft“ 2249/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Monitoringbericht 2020: allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs, bildungsstatistische Analysen und kommunale Steuerungsansätze 1058/2021

Der Vorsitzende Herr Keltek hebt positiv die folgende Anmerkung auf Seite 55 des Berichtes hervor:

„Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung weist darauf hin, dass der Migrationsstatus selbst nicht Ursache für Schwierigkeiten beim Bildungserfolg ist, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe kumulierenden sozioökonomischen Härten.“

Herr Keltek wünscht, dass dieser Sachverhalt und inhaltliche Zusammenhang in der gesamten Verwaltung mehr gesehen würde.

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg-van Dawen sieht die dringende Notwendigkeit dafür, sich stärker mit dem Übergang Schule – Beruf von Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte zu befassen.

Auf Nachfrage, wer sich in der Verwaltung mit der Thematik befasse, erläutert die Verwaltung, Frau Kremer-Buttkereit, dass dies jetzt im Rahmen der neuen Struktur des KIM (Kommunales Integrationsmanagement) intensiv geschehe mit dem Ziel, bessere Übergänge in Ausbildung und Arbeit sicher zu stellen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittel- vergabe" 1663/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Impfung von durch die Stadt Köln untergebrachten Geflüchteten 2461/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 Mitteilung zum Kölner Gesundheitswegweiser 2717/2021

IRM Frau Klimaszewska-Golan führt als Leiterin des FachAK 4 Gesundheit, Soziales und Senior*innen aus, dass auf Initiative des Integrationsrats Köln im Jahr 2015 dem Kölner Gesundheitsamt über das Integrationsbudget 15.000 € zur Entwicklung einer Datenbank bereit gestellt wurde, um den ‚Gesundheitswegweiser für Migranten‘ neu zu erstellen, in dem Kölner Migrant*innen Arztpraxen, Physiotherapeuten etc. finden können, in denen ihre Herkunftssprachen gesprochen wird.

Seither sei über das Integrationsbudget dem Gesundheitsamt laufend ca. 8.000 € jährlich bereitgestellt, um den Gesundheitswegweiser jeweils zu aktualisieren und in Papierform bereit zu stellen.

Seit 2015 habe das Gesundheitsamt somit insgesamt 72.000 € erhalten und lt. Mitteilung der Verwaltung sind bislang nur 70 Einträge fremdsprachiger Gesundheitseinrichtungen ermittelt und eingetragen worden. Damit habe jeder Eintrag etwas über 1.000 € gekostet.

Gemäß der vorliegenden Mitteilung der Verwaltung wurde der ‚Gesundheitswegweiser für Migranten‘ in seiner ursprünglichen Form aufgegeben und komplett in eine Datenbank „Soziale Infrastruktur“ überführt. Im Integrationsbudget sind weiter 8.000 € pro Jahr, also auch für das Jahr 2022, vorgesehen, die das Gesundheitsamt für die Aktualisierung eines Gesundheitswegweisers und dessen Veröffentlichung in Papierform erhalten soll.

Frau Klimaszewska-Golan sieht eine weitere Bezuschussung mit jährlich 8.000 € als äußerst kritisch.

Der Vorsitzende, Herr Keltek, kündigt an, mit der Amtsleitung des Gesundheitsamtes ein Gespräch zu führen.

RM Frau Hoyer ist erstaunt über die jetzt vorliegende Mitteilung zur Umstellung auf eine Datenbank, ohne dass die Verwaltung vorher darüber informiert habe.

IRM Frau Klimaszewska-Golan unterstützt grundsätzlich digitale Lösungen, sieht aber weiterhin dringenden Bedarf an Informationen in Papierform, gerade für die ältere Generation.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projektende 30.06.2021) 2444/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.8 talentCAMPus 2021 - "Ich bin Du"
2697/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 „Weiteres Vorgehen zur Verstetigung und zum Ausbau einer integrier-
ten, strategischen Sozialplanung auf Basis der Erkenntnisse des Le-
benslagenberichts“ – Umsetzung des Ratsbeschlusses 0615/2020 vom
24.06.2021**
2729/2021

Der Vorsitzende, Herr Keltek, äußert sich enttäuscht darüber, dass der Änderungsantrag des Integrationsrats zum Lebenslagenbericht bei der Entscheidung im Rat keine Berücksichtigung gefunden hat. Er bittet die Verwaltung, den Änderungsantrag des Integrationsrates - gemäß des Wunsches eines Ratsmitgliedes in der Ratssitzung - entsprechend zu berücksichtigen.

RM Herr Lorenz bezieht sich auf die in der Mitteilung genannten politische Steuerungsgremien und hält hier eine künftige Beteiligung des Integrationsrates und auch weiterer Gremien, wie der Seniorenvertretung etc. für unbedingt erforderlich.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.10 Wahl der Seniorenvertretung Köln 2021: Informationsquellen und Termine
2777/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.11 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 23.03.2021 „Geflüchtete aus See-
notrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen
Grenzregion aufnehmen,,**
2446/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.12 House of Resources in Köln
2804/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.13 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausrei-
sepflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021**
2669/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.14 Mitteilung zur Nachfrage zum 31. Bericht zur Situation Geflüchteter bzgl. nicht sichtbarer Behinderungen 1726/2021

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es liegen keine Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung vor.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte vor.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht vor.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln - Verlängerung der Befristung bis Ende 2023 1625/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (Einrichtung einer Ombudsstelle: 1252/2016), 28.06.2016 (Feinkonzept: 1826/2016), 14.11.2017 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2019: 2735/2017) und 07.11.2019 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2021: 3188/2019)

a) die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2021 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2023,

b) die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in Höhe von jeweils 107.000 € für die Jahre 2022 und 2023.

Die erforderlichen finanziellen Mittel werden im Teilergebnisplan 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitskreise des Integrationsrates
2768/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat benennt folgende Personen als stellvertretende Vorsitzende der Arbeitskreise:

- Arbeitskreis 1 „Kultur und Sport“
Stellvertretung: Turan Özküçük
- Arbeitskreis 2 „Geflüchtete, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement“
Stellvertretung: Carine Weber
- Arbeitskreis 3 „Erziehung, Bildung und Beruf“
Stellvertretung: Luziano Gonzalez Tejon
- Arbeitskreis 4 „Gesundheit, Soziales und Senior*innen“
Stellvertretung: Luziano Gonzales Tejon
- Arbeitskreis 5 „Allg. Rechtsfragen, Antirassismus und Interkulturelle Öffnung“
Stellvertretung: Elizaveta Khan

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Benennung eines Mitglieds des Integrationsrates als außerordentliches Mitglied im "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung"
2769/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat benennt als außerordentliches Mitglied im „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“

Carine Weber

und als Vertretung

Vivian Berhane

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.4 Benennung eines Mitglieds des Integrationsrates für den Beirat der Verbraucherzentrale NRW / Beratungsstelle Köln
2771/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat benennt Anna Klimaszewska-Golan für den Beirat der Verbraucherzentrale NRW / Beratungsstelle Köln

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.5 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023
1491/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Mindeststandard-Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter bis 31.12.2023 in folgendem Umfang:

1. „Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ für bestimmte Einrichtungen (Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und Gemeinschaftsverpflegung, soweit diese wieder belegt werden müssen).
2. Stärkung des Ehrenamtes:
 - 2.1) Finanzierung von 2 Stellen (2 x 0,5 und 4 x 0,25) in 2022 und 1,75 Stellen (2 x 0,5 und 3 x 0,25) in 2023 in bestimmten Einrichtungen mit Aufwendungen in 2022 in Höhe von 141.800 € und in 2023 in Höhe von 124.075 €.
 - 2.2) Beibehaltung der im Stellenplan 2018 unbefristet eingerichteten 9 x 0,5 Stellen in A10/EG 9c in den Bürgerämtern mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 361.600 €.
 - 2.3) Finanzierung von 13 x 0,5 Stellen für die Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der ehrenamtlich Tätigen mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 513.249 €.
 - 2.4) Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 12.200 €.
 - 2.5) Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die administrative Unterstützung von Willkommensinitiativen mit jährlichen Aufwendungen von 70.000 €.
3. Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten in verschiedenen Unterbringungsressourcen für Geflüchtete:
 - 3.1) Finanzierung von 1,5 Stellen, angebunden beim DRK, zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in großen Einrichtungen (Notaufnahmen/-unterkünften, z.Zt. nur in der Herkulesstraße) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 106.350 €.
 - 3.2) Beibehaltung der im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 unbefristet eingerichteten 3,0 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, P7 TVöD, und 1,0 Stelle Hebamme, Bewertung E10 / P10 TVöD mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 252.700 €.

Die Finanzierung der unter 2) dargestellten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022:

- aus Mitteln im Teilplan 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 2.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.
- aus Mitteln im Teilplan 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 Transferleistungen – Zuschüsse, für die unter den Punkten 2.3-2.5) dargestellten Maßnahmen. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.
- aus Mitteln im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 3.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.6 Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU 2603/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit der Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ in den bisherigen Sozialräumen:
 - Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord
 - Humboldt / Gremberg und Kalk
 - Meschenich und Rondorf
 - Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraßeab dem 01.01.2022 zunächst bis zum 31.12.2024 beauftragt.
2. Die Finanzierung der Maßnahme in Höhe von rd. 305.000 € jährlich erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung ab dem Haushaltsjahr 2022 ff im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen.
3. Die Verwaltung wird jährlich über die Maßnahme berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.7 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2022
2816/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 mit seinen Anlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung

**Zusatzantrag zum Haushaltsplanentwurf 2022
AN/1738/2021**

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Köln beantragt folgende Positionen im Haushaltsplan 2022 zu berücksichtigen und entsprechende Finanzmittel vorzusehen:

OB	<u>Verbesserung der psychosozialen Betreuung Geflüchteter</u> durch Erhöhung der Finanzmittel um 75.000 €/Jahr	Erhöhung der bisherigen städt. Bezuschussung von 259.192 € um zusätzliche 75.000 € / Jahr zur Einstellung einer zusätzlichen Stelle beim Therapiezentrum für Folteropfer und Fortschreibung in der MifriFi Diese Forderung war vom Integrationsrat bereits zur Hpl. Beratung 2019 und 2020/21 gestellt aber nicht berücksichtigt worden.
OB	<u>Förderung von antirassistischen und rassismuskritischen Projekten</u> durch Erhöhung der Finanzmittel um 50.000 €/Jahr	Aufstockung der bisherigen Mittel in Höhe von 50.000 € um weitere 50.000 € auf 100.000 € / Jahr und Fortschreibung in der MifriFi. Diese Forderung war vom Integrationsrat bereits zur Hpl. Beratung 2019 und 2020/21 gestellt aber nicht berücksichtigt worden.
OB	<u>Verbesserung der Kölner Antidiskriminierungsberatung</u> durch Aufstockung der Beratungsstellen bei Öffentlichkeit gegen Gewalt und dem Caritasverband auf Vollzeitstellen, d.h. eine Erhöhung um 85.129 € / Jahr	Aufstockung der bisherigen 0,425 Stellenanteile je Träger in Höhe von 66.071 € in 2020, auf zwei volle Stellen mit einem Gesamtbetrag von 133.600 €, sowie weitere 17.600 € für Sach- und Honorarmittel auf insgesamt 151.200 € / Jahr und Fortschreibung in der MifriFi Diese Forderung war vom Integrationsrat bereits zur Hpl. Beratung 2019 und 2020/21 gestellt aber nicht berücksichtigt worden.
OB	<u>Verbesserung der Kölner Antidiskriminierungsberatung</u> durch Finanzierung von 75.000 €/Jahr zur Einrichtung einer linksrheinischen Beratungsstelle	Bezuschussung einer weiteren Antidiskriminierungsberatung mit einer Vollzeitstelle bei einem geeigneten Träger im linksrheinischen Köln in Höhe von 75.000 € / Jahr . und Fortschreibung in der MifriFi Diese Forderung war vom Integrationsrat bereits zur Hpl. Beratung 2020/21 gestellt aber nicht berücksich-

			tigt worden.
	OB	<p><u>Stärkung des „Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung“</u></p> <p>durch eine institutionelle Finanzierung der administrativen Arbeit in Höhe von 7.782 €/Jahr</p>	<p>Das ‚Forum gegen Rassismus und Diskriminierung‘ hatte in den Jahren 2020 und 2021 eine Projektförderung zur Finanzierung einer 450 € Stelle für administrative Arbeiten im Rahmen der ‚Förderung anti-rassistischer und rassismuskritischer Projekte erhalten.</p> <p>Die Projektförderung soll für das Jahr 2022 in eine institutionelle Förderung in Höhe von 7.782 €/Jahr umgewandelt werden.</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten die Arbeit des Forums in 2022 zu evaluieren und zu den Haushaltsplanberatungen 2023 eine Entscheidung bzgl. einer künftigen Förderung vorschlagen</p>
	OB	<p><u>Anpassung des Förderbedarfs der Interkulturellen Zentren Köln</u></p> <p>durch Erhöhung des Zuschusses um jährlich 2% (d.h. in 2023 um 13.440 €)</p>	<p>Erhöhung der Förderbeträge der Interkulturellen Zentren sowie des übergreifenden Budgets für Fachtagungen, Fortbildungen und Öffentlichkeitsarbeit soll ab dem Haushalt 2023 aufgrund eines inflationsbedingten Finanzmehrbedarfs um jährlich 2% d.h. in 2023 um 13.440 € auf eine Gesamtsumme von 685.440 €</p> <p>und Fortschreibung in der MifriFi.</p>
	IV	<p><u>Förderung der Arbeit von agisra</u> bei der Beratung und Unterstützung der von häuslicher Gewalt/ Partnerschaftsgewalt betroffenen Migrantinnen und geflüchteten Frauen durch Aufnahme in ein gesamtstädtisches Gewaltschutzkonzept und Finanzierung ½ Stelle in Höhe von 36.800 € / Jahr</p>	<p>In Köln gibt es zwei Gewaltschutzzentren (links- und rechtsrheinisch) für Opfer häuslicher Gewalt. Frauen mit Migrationsgeschichte sind hier als Zielgruppe nicht angemessen berücksichtigt.</p> <p>Die Verwaltung wird um Prüfung einer Aufnahme des Themas häusliche Gewalt/ Partnerschaftsgewalt an Migrantinnen und geflüchteten Frauen in ein gesamtstädtisches Gewaltschutzkonzept.</p> <p>Finanzierung einer ½ Stelle in Höhe von 36.800 € / Jahr</p> <p>und Fortschreibung in der MifriFi</p> <p>Diese Forderung war vom Integrationsrat bereits zur Hpl. Beratung 2019 und 2020/21 gestellt aber nicht berücksichtigt worden.</p>

Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Beratungszeit behält es sich der Integrationsrat vor, ggfls. weitere Vorschläge und Anregungen zum Haushaltsplanentwurf zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt – die Fraktionen der Grünen, der CDU, der FDP und Volt haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

8.8 Förderung rassismuskritischer Projekte / 2.Schritt 2597/2021

Beschluss:

Der Integrationsrat Köln beschließt die Förderung des Projekts der rassismuskritischen und antirassistischen Arbeit

„Gesundheit beyond borders: Antirassismustraining für medizinisches Personal“
der (Privat)Initiative kritische Mediziner*innen als Antragsteller mit einer
Fördersumme von 3.452,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Der Integrationsrat veröffentlicht eine Presserklärung zu Afghanistan

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM / Frau Klimaszewska-Golan verweist auf ihre unter TOP 5.6 zur Mitteilung 2717/2021 „Gesundheitswegweiser für Migranten - Der Kölner Gesundheitswegweiser ist in der Datenbank „Soziale Infrastruktur“ aufgegangen“ gemachten Äußerungen und stellt im Namen des FachAK 4 folgende mündliche Anfrage:

- Wofür hat das Gesundheitsamt in den vergangenen Jahren die hohe Summe von 72.000 € eingesetzt, da jährlich lediglich 10 Einträge von Gesundheitseinrichtungen mit fremdsprachigen Kompetenzen vorgenommen wurden?
- Wie plant das Gesundheitsamt diese für das Jahr 2022 geplante Bezuschussung von weiteren ca. 8.000 € einzusetzen, um fremdsprachige Kompetenzen von Kölner Gesundheitsangeboten für die Migrant*innen in Köln darzustellen? Das beratende Mitglied Eli Abeke bezieht sich auf die Aktuelle Stunde mit dem Ausländeramt und problematisiert wer hier jeweils mit der Begrifflichkeit ‚Ausländer‘ jeweils gemeint sei. Er bittet um die Beantwortung der Frage:
- Ist die Nutzung der Begrifflichkeit ‚Ausländer‘ noch zeitgemäß?
Die Verwaltung / Frau Willms verweist auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, die eine Nutzung der Begrifflichkeit ‚Ausländer‘ für das Ausländeramt zwingend vorgeben.

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen